

Erfurt, 09.04.11

Die Landesversammlung möge folgendes beschließen:

BUND Thüringen fordert Agrarreform 2013: Bäuerliche Landwirtschaft fördern – Agrogentechnik und Tierfabriken stoppen

Der BUND Thüringen fordert eine radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) ab dem Jahr 2013. In Zukunft muss die Agrarpolitik darauf ausgerichtet sein, öffentliche Fördergelder nur noch zur Belohnungen von Leistungen im Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz und für den Erhalt der ländlichen Räume ein zu setzen.

Die GAP kostet den Steuerzahler pro Jahr mehr als 50 Mrd. Euro! Die Agrarpolitik bestimmt zu großen Teilen, was auf unseren Feldern wächst, wie unsere ländlichen Regionen aussehen und was wir auf dem Teller haben. Die aktuelle Ausrichtung der Agrarpolitik trägt allerdings europaweit dazu bei, dass einerseits immer mehr Bauernhöfe aufgegeben werden. Andererseits wirtschaften die verbleibenden Betriebe zunehmend intensiv. Beim Schutz öffentlicher Güter wie Böden, Luft oder Gewässer und auch beim Verbraucherschutz hat die GAP versagt.

Durch die zunehmende Industrialisierung der Lebensmittelproduktion werden auch in Thüringen immer neue Tierfabriken genehmigt, in denen Schweine oder Geflügel unter qualvollen Bedingungen gehalten werden. Immer noch ist es lukrativer, Gewässer mit Nitrat, Lebensmittel und Böden mit Pestiziden zu belasten – statt auf Ökolandbau umzusteigen und eine artenreiche Kulturlandschaft zu bewirtschaften.

Seit 1980 hat sich die Zahl der Feldvögel in der Agrarlandschaft in Europa um 44% reduziert. Selbst ursprünglich häufige Arten wie Feldsperling oder Kiebitz erleben dramatische Verluste. In Thüringen verfehlen über 95% der Oberflächengewässer den guten ökologischen Zustand durch Einträge aus der Landwirtschaft.

Im Jahr 2013 will die EU diese Agrarpolitik reformieren.

Der BUND Thüringen fordert:

- Die Bäuerliche, tiergerechte, ökologisch orientierte Landwirtschaft muss zum Leitbild der neuen Europäischen Agrarpolitik werden.
- In Zukunft sind Fördermittel der Europäischen Union vor allem für eine umweltschonende und tiergerechte Landwirtschaft bereit zu stellen („Public Money for Public Goods“). Die Regelungen zur Cross Compliance (Verknüpfung von Prämienzahlung mit der Einhaltung der gesetzlichen Umweltstandards) sind zu verschärfen.
- Kern der Förderpolitik müssen künftig Agrarumwelt- (KULAP), Naturschutz- und Tierschutzprogramme werden. Dazu gehört auch die stärkere Förderung des Ökologischen Landbaus und der extensiven Tierhaltung.
- Die Kennzeichnungsregeln für Agrarprodukte und Lebensmittel müssen verbessert werden. Lebensmittel, die mit gentechnisch verändertem Futter hergestellt wurden, sind verpflichtend zu kennzeichnen. Verbraucher müssen Fleisch aus Massentierhaltung und Klonfleisch ebenso leicht erkennen können wie heute bereits das Ei aus Käfighaltung.

- In benachteiligten Gebieten (z.B. Bergwiesen) und Schutzgebieten ist ein Ausgleich für eine naturschutzgerechte Landbewirtschaftung zu zahlen.
- Die Vergabe von Fördermitteln ist in Zukunft an die Bereitstellung von mind. 10% der Landwirtschaftsfläche für Naturschutzzwecke gebunden.
- Zu den Standards einer neuen Agrarpolitik gehört in Zukunft auch der Verzicht auf Gentechnik und Monokulturen, ein Umbruchsverbot für Grünland und Mindestanforderungen für die Tierhaltung.

Erfurt, 09.04.11